



Zur Bundestagswahl

Zwei Monate vor der Wahl sehen die Zukunftsaussichten nicht sehr hoffnungsvoll aus. Ein Politikwechsel ist nicht in Sicht, höchstens der von Schwarz-Rot zu Schwarz-Gelb. Die Schere, welche die Reichen von den Armen trennt, wird sich noch schneller und weiter öffnen.

Von der vielgepriesenen Willkommenskultur ist nichts mehr übrig geblieben. Stattdessen steht »Sicherheit« an erster Stelle, und das bedeutet: Abwehr von Flüchtlingen, Repression und oft Abschiebung in Länder, wo man sie derselben Bedrohung aussetzt, vor der sie geflohen sind.

Zu befürchten steht, dass auch die Ereignisse rund um G 20 eine weitere Entdemokratisierung unserer Gesellschaft bewirken.

Das in den Mittelpunkt gerückte Prinzip der Sicherheit bringt nicht nur eine Aufstockung von Überwachungsmaßnahmen im Innern, sondern auch eine Erhöhung der Militärausgaben mit sich. Die Entwicklung einer europäischen Armee wird vorangetrieben. Hält man sich an Trumps Zwei-Prozent-Vorgabe, so bedeutet dies angesichts der florierenden Wirtschaft der Bundesrepublik im Endeffekt, dass Deutschland neben der wirtschaftlichen auch die militärische Vorherrschaft in Europa einnimmt. Und das verlangt, wie wir immer wieder zu hören bekommen, dass wir »Verantwortung« übernehmen, d.h. uns militärisch engagieren müssten, und das zusätzlich zu unseren bisherigen militärischen Engagements.

Liebe Mitglieder und Interessierte!

das Friedenszentrum möchte – natürlich - keine Wahlempfehlung abgeben. Aber wir bitten Sie, Ihre Kandidaten und deren Parteien auf folgende Gesichtspunkte hin zu prüfen:

- Sind die Kandidaten/Parteien bereit, sich für gerechtere Steuern und eine angemessene Erhöhung der sozialen Transferleistungen (u.a. Hartz IV) sowie ein Ende der menschenverachtenden Austeritätspolitik in Europa (man denke an Griechenland) einzusetzen?
- Verzichten die Kandidaten/Parteien auf einen Konkurrenzkampf mit der AfD um die schärfsten Repressionsmaßnahmen gegen Flüchtlinge?
- Sind sie bereit, auf Waffenexporte zu verzichten?
- Lehnen sie eine weitere Aufrüstung und weitere militärische Interventionen ab zugunsten einer zivilen Konfliktlösung?

Gehen Sie wählen!

Wählen Sie mit Vernunft, wobei »das Rechte nicht immer das Richtige« ist.

... Berichte:

26. Juni: Friedenswanderer »Repubblica Nomade«

auf ihrem Weg von Paris nach Berlin in Braunschweig zu Gast im Naturfreundehaus. Ca. 14 Frauen und Männer, jung und alt, aus verschiedenen Orten Italiens sind die Aktiven einer 100-köpfigen Gruppe der Repubblica Nomade (überparteilich und überkonfessionell). Alle ihre Braunschweiger Besucher wurden sehr freundlich empfangen: Schnell entstand ein großer Kreis auf der Rasenfläche um 3 Flaggen, und in munterem Italienisch erzählten sie uns von ihrem Cammino, dem Fußmarsch, der für sie ein natürlicher Weg ist, Beziehungen herzustellen.



Die Friedenswanderer hatten sich an das Friedenszentrum gewandt, um einen Übernachtungsplatz zu finden. Unsere Idee, die Naturfreunde anzusprechen, war gut: Wir trafen bei ihnen gleich auf begeisterte Hilfsbereitschaft, und ihre Koordinatorin Renate Schulz betreute die Friedenswanderer im Naturfreundehaus und auf dem Gelände am Südsee so gastfreundlich, dass sich alle dort sehr wohl gefühlt haben.

Aus:

<http://www.braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-allgemein/8300-stopp-in-braunschweig-europaeische-friedensfreunde-unterwegs-fuer-ein-soziales-europa> (*)

Das Friedenszentrum begrüßte die italienischen Friedensaktivisten. Hier Gabriele Canstein (links), Elke Almut Dieter (roter Schal), Fritz Walz (rechts) im Gespräch mit einer italienischen Europa-Wanderin. Als Gastgeschenk gab es einen Schokoladen-Friedenslöwen

7. Juli: »Flaggentag« der Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden)



**Bürgermeister
für den Frieden**

Veranstalterin: Friedensbündnis Braunschweig mit IPPNW, Friedenszentrum, Mayors for Peace und Pax Christi.

Referent: Roland Blach, Geschäftsführer des DFGIVK Baden-Württemberg.

In seinem Vortrag und in der Diskussion ging es um die Fragen

- Warum ist die Ächtung der Atomwaffen so wichtig?
- Was können die Verhandlungen bewirken?
- Was können wir tun?

Immer wieder kommt – so wie bereits 1955 im RUSSELL-EINSTEIN-MANIFEST- der dringliche Hinweis:

- Es dürfen keine Kriege mehr geführt werden, da jeder Krieg zu einem Nuklearkrieg werden kann, und dadurch ist die Existenz der gesamten Menschheit bedroht.

- Nur durch die bewusste Entscheidung gegen bewaffnete Konflikte und Rückbesinnung auf die eigene Menschlichkeit kann der Fortbestand der Menschheit gesichert werden.

In unserer Veranstaltung waren einige Rats-Frauen und -Herren anwesend sowie der Vize-Präsident des Niedersächsischen Landtags, Herr Bachmann. Dr. Helmut Blöcker überbrachte das Grußwort der Stadt und des Oberbürgermeisters.

... Berichte:

Und diese Nachricht kam gleich zu Beginn in Roland Blachs Vortrag :

Verbotsvertrag für Atomwaffen beschlossen !

Genau an dem Tag, an dem die Braunschweiger Friedensbewegung eine von 60 UnterstützerInnen besuchte Gedenkveranstaltung für den 8.7.1996 in der Dornse durchführte, beschlossen die UN den Vertrag für das Atomwaffenverbot. 1996 hatte der Internationale Gerichtshof die Anwendung von und die Drohung mit Atomwaffen schon völkerrechtlich verurteilt. Im Altstadtrathaus und am Platz der Deutschen Einheit wehte die grün-weiße Flagge der MAYORS FOR PEACE, die sich unermüdlich dafür einsetzen, ihre Bevölkerung vor der Auslöschung zu beschützen.

Darf ein Staat drohen, Massenmord zu begehen, um einen anderen Staat von einem Krieg oder gar einem Atomwaffeneinsatz abzuhalten? Die nukleare Abschreckung hat keine moralische Berechtigung.

Der Beschluss wurde von 122 der 193 UN-Mitglieder getragen. Verboten werden Lagerung, Einsatz, Besitz, Erwerb, Entwicklung und Produktion von Atomwaffen. Die Unterzeichnung des Vertrags soll nun bei der September-Tagung der UN erfolgen. Neunzig Tage nach der Unterzeichnung und Ratifizierung von 50 Staaten wird er in Kraft treten. Obwohl Deutschland im Vorbereitenden Ausschuss mitgearbeitet hatte, nahm es mit fadenscheinigen Begründungen nicht an den Beratungen teil. Angeblich müsse man erst Fortschritte bei den russisch-amerikanischen Verhandlungen abwarten. Und dadurch werde der Nichtverbreitungsvertrag gestört! Der Verbotsvertrag wird hingegen genau das Gegenteil bewirken! Peinlich sind die sklavische Nato-Treue und das Schweigen unserer Regierung und ebenso der ARD und anderer Medien zu den Verhandlungen.

September ist also der nächste Termin, zu dem wir die deutsche Regierung drängen müssen, weltweit mehr Druck auf die Atomverhandlungen der Großmächte über die Reduzierung der Weltzerstörungswaffen auszuüben und mitzuhelfen zu verhindern, dass weitere Staaten sich Atomwaffen zulegen. Hauptverantwortlich ist Kanzlerin Dr. Merkel, die schon die Bemühungen von Guido Westerwelle nach dem einstimmigen Bundestagsbeschluss gegen die Bücheler Atombomben am 20.3.2010 hintertrieben hatte und damit den Parlamentsbeschluss bis heute missachtet. Besonders pervers ist, dass immer noch deutsche Piloten den Abwurf von Atombomben trainieren.

Viele Probleme bestehen weiterhin oder werden sogar verschärft. Einmal die allgemeine Tendenz zu einer neuen Ost-West-Konfrontation, zum anderen die gefährliche »Verbesserung« der in Büchel an der Mosel stationierten 20 Atombomben.

Aber wenn 122 Staaten etwas für illegal erklären, dann ist es weltweit illegal!.

Auch die Zivilgesellschaft kann den Vertrag in ihrer Arbeit nutzen und fordern, dass die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner sich nicht nur auf Totschlagsargumente wie »Realpolitik« stützen. Sie sind nun politisch verpflichtet, sich mit dem Atomwaffenverbot auseinander zu setzen. Künftige Regierungen und Parlamente werden immer wieder prüfen müssen, ob sie nicht doch mit der Mehrheit der Staaten einig werden und Atomwaffen ein für alle Male abschaffen wollen.

Es wird nötig sein, den jährlichen Flaggentag in Braunschweig inhaltlich breiter für die BraunschweigerInnen auszugestalten, damit noch mehr Menschen mithelfen die Gefahr eines Atomkriegs zu bannen.

Frieder Schöbel

... Berichte:

4. August: »100 Kerzen auf der Oker« GEDENKVERANSTALTUNG am Hiroshima-Ufer



Zitat Heike Zander, Bezirksbürgermeisterin Innenstadt (der Bezirksrat hat den Friedenszentrums-Antrag auf Umbenennung in Hiroshima-Ufer unterstützt), die ein Grußwort sprach:

»Es war eine besinnliche Feier und besonders die beiden jungen Leute, die für die Musik sorgten, haben dazu sehr beigetragen.« (*Unser Dank gilt den Musikanten Corinna und Matthias*)

Brigitte Constein-Gülde trug Gedichte vor und verlas Frieder Schöbels Text »Verbotsvertrag für Atomwaffen beschlossen!« zur UN-Resolution am 7.7.2017. (s. Seite 3)



Fotos (außer unten links): www.braunschweig-spiegel.de

7. August, 15 – 16 Uhr: »30 Jahre Friedenszentrum« in Radio Okerwelle



mit Wolfgang Altstädt.

Beteiligt waren: Gabriele Canstein, Brigitte Constein-Gülde, Dr. Ingeborg Gerlach, Dietrich Kuessner, Ulrike Schmitz und Gudula Wegmann.

Brigitte hat – wie auch u.a. am Hiroshima-Ufer - ein Gedicht vorgetragen:

Wenn wir umbauen
die Raketenmäntel zu Wasserbehältern
die Zerstörer zu Passagierdampfern
die Kampf- zu Rettungshubschraubern.

Wenn wir umdenken
die Feinde in Partner
die Macht in Verantwortung.

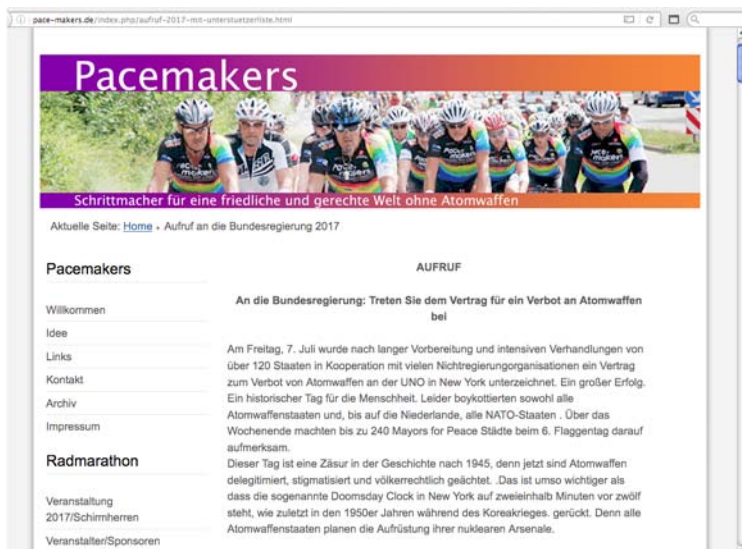
Wenn wir umsetzen
die Worte in Taten
die Träume in Wirklichkeit.

Dann können wir auch
auf das geschundene Wort FRIEDEN
verzichten.

Friedrich Schorlemmer

Eine CD mit unseren Beiträgen kann im Friedenszentrum ausgeliehen werden.

**Friedenszentrum unterstützt Aufruf den Aufruf der Pacemakers an die Bundesregierung:
»Treten Sie dem Atomwaffenverbot bei!«**



Anlässlich der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki schalteten die Pacemakers¹ den Aufruf an die Bundesregierung, die am 5. August als Anzeige in zwei überregionalen Tageszeitungen erschien.

¹Eine gemeinsame Initiative der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt«, der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW) deutsche Sektion, des Pacemakers-Radmarathon und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg.

<http://pace-makers.de/index.php/aufruf-2017-mit-unterstuetzerliste.html> (*)



18. Mai, Referentin Karin Leukefeld

(seit 2010 als freiberufliche Journalistin in Syrien akkreditiert)

»(Über)leben in Syrien – die aktuelle Lage in einem Kriegsgebiet«

Frau Leukefeld, die seit 2005 in Syrien lebt, sieht sich nicht als Kriegsberichterstatteerin, sondern berichtet mit reichhaltigem Bildmaterial über die aktuelle Lage in der Stadt Aleppo: Sie zeigt auf, dass sich nach dem Zusammenbruch von Ostaleppo das Leben in der Stadt wieder allmählich »normalisiert«.

Im Westen Aleppos leben heute 1,5 Mio Menschen sowie 3 Mio Inlandsvertriebene. Der Osten mit dem industriellen Zentrum Aleppos wurde von Dschihadisten gestürmt und zerstört. Die Luftangriffe der syrischen und russischen Armee zerstörten auch Schulen und Krankenhäuser, fliehen konnten die Menschen nicht. Unternehmer und Händler haben alles verloren.

Die Versorgung mit dem Nötigsten findet auf der Straße statt, auch in Kirchen und Moscheen. Viele Alte sahen keine Perspektive, begingen Selbstmorde. Junge Männer versuchten, sich vom Kriegsdienst zu befreien oder flüchteten, auch nach Europa. Gut ausgebildetes Personal hat das Land verlassen. Die Zurückgebliebenen versuchen jetzt, nach der Rückeroberung Ostaleppos - mit nur noch 70-80000 Einwohnern, einen Wiederaufbau.

Frau Leukefeld berichtet über Friedensinitiativen, über lokale Friedens- und Versöhnungskomitees, lokale Waffenstillstände. Sie schätzt die Friedensaussichten optimistisch ein, da die Freie Syrische Armee sehr geschwächt ist. Die Zivilbevölkerung übt Druck auf die Kämpfer auf, ihre Waffen abzugeben und ein staatliches Amnestieabkommen zu unterschreiben: Seit 2014 haben mehr als 80000 Männer ihre Waffen niedergelegt. Damit begeben sie sich unter Regierungskontrolle und können an Wiedereingliederungsprogrammen teilnehmen.

In intensiven Gesprächen in Genf sollte auf internationaler Ebene ein Abkommen zur Deeskalation unterschrieben werden ...

Elke Almut Dieter

15. Juni, Referent: Jörg Kronauer:

(Buchautor, Journalist, Sozialwissenschaftler)

»Vom Ende des Kalten Krieges zur multipolaren Weltordnung«

Im Mittelpunkt des Vortrages standen die (macht-)politischen Konstellationen nach dem Ende des „Kalten Krieges“. – Der Referent bezog sich auf die Tatsache, dass das prekäre „Gleichgewicht des Schreckens“ nach dem Untergang der SU von einer Hegemonie der USA abgelöst wurde. Er widmete sich der Frage, welche möglicherweise destabilisierenden Wirkungen von dieser Übergangsphase ausgelöst werden könnten. Dreh- und Angelpunkt der Ausführungen war hierbei die Perspektive, dass im Zeichen neu sich herausbildender Machtzentren ökonomische und geostrategische Interessen neuer tatsächlicher und potenzieller „global player“ miteinander kollidieren und eine Phase gefährlicher Konflikte einleiten könnten.

Das Augenmerk der ungefähr 30 ZuhörerInnen wurde vom Referenten hier insbesondere auf die nicht nur im ostasiatischen Raum aufsteigende VR China gelenkt; ihren regionalen und strategischen Interessenkollisionen mit der bis dato letzten verbleibenden Supermacht (Südchinesisches Meer, das Projekt der „neuen Seidenstraße“ ...). - Es wurde auch die Frage einer Verbindung dieser Entwicklung mit einer sich eventuell von den USA emanzipierenden (deutsch dominierten) EU aufgeworfen. - Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund sich überschneidender Interessen in Osteuropa.

Der Referent machte weiterhin deutlich, dass ein machtpolitisch aufsteigendes Russland die bis dato im Nahen und Mittleren Osten (Afghanistan, Irak, Libyen ...) expandierende USA mittlerweile in die Schranken weist, sich als ernstzunehmender Gegenspieler konsolidiert.

Hierbei wurde die Perspektive länger wirksamer globalökonomischer bzw. -strategischer Tendenzen verdeutlicht; d.h. darauf hingewiesen, dass der »Sieg« der USA im Kalten Krieg von einer schon seit

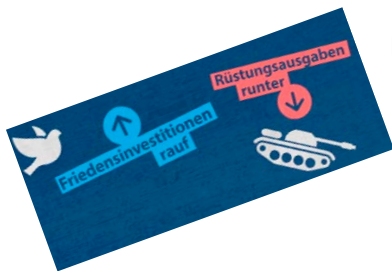
der Mitte der siebziger Jahre datierenden Abstiegsdynamik konterkariert wird/wurde (Zusammenbruch des Bretton Wood-Systems im Gefolge des Vietnam-Krieges, ein schleichender ökonomischer Niedergang der USA seit dieser Zeit.

Als Resümee blieb die Frage: Wie werden die USA auf ihren allmählichen Machtverlust reagieren? - Wird sich ein globales Sicherheitssystem etablieren können? - Wenig hoffnungsvoll sind die Prognosen allerdings im Lichte empirischer historischer Befunde: Von 16 ähnlich gelagerten weltgeschichtlich relevanten Situationen konnten nur 4 friedlich beigelegt werden. («Thukydides trap«).

Burkhard Jäger

Wir können noch was tun: Initiativen und Kampagnen unterstützen, z.B.:

Für den Stopp des Waffenverkaufs an Saudi-Arabien (entsprechend Frieders Hinweis):
www.thepetitionsite.com/707/914/714/stop-selling-weapons-to-saudi-arabia



Den Aufruf des ZFD (Forum Ziviler Friedensdienst)
»Für eine Politik der Vernunft«
www.politikdervernunft.de/#form2

Die Kampagne »Stopp Ramstein«
www.friedenskooperative.de/kampagne/stopp-ramstein



Termine

Samstag, 02.09.2017 11.00-13.00 Uhr

Unter dem Motto »Statt Kriege und Waffen - leben, lieben, lachen!«

Friedenszug zum »Antikriegstag«- in Form einer Demonstration - durch die Braunschweiger Innenstadt.

Beginn: 11.00 Uhr ab Platz der Deutschen Einheit

Eine Veranstaltung des Friedensbündnisses Braunschweig.

www.friedenszentrum.info/index.php/373-friedenszug-zum-antikriegstag



Do 21.9.2017 19.00-21.00 Uhr WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS

»1000 Frauen und ein Traum«

Ein Film zur Entstehung der Ausstellung »1000 Gesichter des Friedens*« von »FriedensFrauenWeltweit«- PeaceWomen Across the Globe, Referentin: Gudula Wegmann

VHS Alte Waage Braunschweig

*www.1000peacewomen.org/de/aktivitaeten/ausstellungen-13.html

28.8. -27.10. 2017 AUSSTELLUNG

»1. September«

von Elke Almut Dieter in der OKS-Galerie (Oskar-Kämmer-Schule),
Heinrich-Büssing-Ring 41a, 38102 Braunschweig

Der Titel der Ausstellung »1. September« bezieht sich auf den Antikriegstag.

Die dort gezeigten Bilder, sind persönliche Reaktionen der Künstlerin auf die Kriege, die in den letzten 20 Jahren geführt wurden - eine künstlerische Umsetzung der aktuellen Geschehnisse mit Malerei und Keramik.

www.elke-almut-dieter.de



Auch hier nochmal G20



Quelle: <https://www.facebook.com/andre.kramer1>

In weiten Teilen der Medienwelt dominierten Bilder von Krawall und Verwüstung. Der legitime Protest gegen Gewaltverhältnisse wird damit insgesamt tendenziell als gewalthaltig denunziert. Auf eine fatale Weise korrespondieren die Entladung von Gewaltpotenzialen wie in Hamburg und die strukturelle Gewalt ökonomischer, politischer und sozialer Ungleichheit (national und international) miteinander. Wir fordern deshalb: Die Bekämpfung und Beseitigung aller Ursachen, die dazu führen, dass Menschen, gesellschaftliche Gruppen und Mächte sich feindlich gegenüber stehen und in Konfrontation und Krieg ein Mittel der Auseinandersetzung sehen.

Burkhard Jäger

siehe auch:

<http://www.ialana.de/aktuell/veranstaltungen/veranstaltungen-in-2017/friedensbewegung-2017/1989-zur-demonstration-vom-8-7-17-in-hamburg-gegen-den-g-20-gipfel-ein-erfolg-der-zum-weitermachen-auffordert> (*)

(*)

Liebe Leserinnen und Leser,

falls Sie keinen Internet-Zugang haben, bieten wir Ihnen gerne an, auf Anforderung die Artikel oder Unterschriftenlisten aus dem jeweiligen Verweis kopiert zuzuschicken.

*Mit freundlichen Grüßen
der Friedenszentrums-Vorstand*

www.friedenszentrum.info